



Bundesministerium
der Justiz und
für Verbraucherschutz

POSTANSCHRIFT Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, 11015 Berlin

- Einwurf-Einschreiben -

Herrn
Arne Semsrott
c/o Open Knowledge Foundation
Deutschland e. V.
Singerstraße 109
10179 Berlin

HAUSANSCHRIFT Mohrenstraße 37, 10117 Berlin
POSTANSCHRIFT 11015 Berlin

BEARBEITET VON IFG-Referat
REFERAT Z B 7
TEL (+49 30) 18 580 - 0
FAX (+49 30) 18 580 - 95 25
E-MAIL poststelle@bmjv.bund.de
AKTENZEICHEN Z B 7 - 1451/6 II - Z3 77/2016

DATUM Berlin, 20. April 2016

BETREFF: Auskunft nach dem Informationsfreiheitsgesetz (IFG)
HIER: Zurückweisung von Asylbewerbern
BEZUG: Ihr Antrag vom 23. Januar 2016
Meine Zwischennachricht vom 8. April 2016

Sehr geehrter Herr Semsrott,

mit E-Mail vom 23. Januar 2016 über www.fragdenstaat.de bitten Sie unter Berufung auf das Informationsfreiheitsgesetz (IFG) um „das gemeinsame Papier des Ministeriums mit dem BMI, laut dem die Zurückweisung von Asylbewerbern an der deutschen Grenze rechtlich zulässig ist; wie berichtet in SPIEGEL 04/2016“.

Ein amtlicher Vorgang im Sinne des § 2 Nummer 1 IFG existiert im Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz nicht.

Im Zusammenhang mit der Einführung der Binnengrenzkontrollen haben Prüfungen der rechtlichen Rahmenbedingungen stattgefunden. Diese Erwägungen waren allgemeiner Natur und gingen nicht über ein Notizstadium hinaus.

LIEFERANSCHRIFT Kronenstraße 41, 10117 Berlin
VERKEHRSANBINDUNG U-Bahnhof Hausvogteiplatz (U2)

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch beim Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, Mohrenstraße 37, 10117 Berlin, eingelegt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag



(Jungewelter)